

No zu No Billag

Liebe Delegierte

Als Privathaushalt jährlich die Radio- und Fernsehgebühr von Fr. 451.— zu berappen ist zu teuer.

Darin sind sich die meisten heutigen Billagkunden einig.

Vielleicht gehören Sie sogar zu jener Gruppe, die auf's Radiohören und Fernsehschauen verzichten und trotzdem bezahlen müssen.

Da kommt doch diese Initiative wie gerufen, oder nicht?

Auch mich störte, dass die Firma Billag AG für den Bund die SRG-Gebühren eingetrieben hat, und dabei einen Millionengewinn in die eigene Tasche erwirtschaftete.

Vertreter der jüngeren SVP Generation auch. Deshalb lancierten sie die Initiative für die totale Abschaffung der Gebühren
– eben No-Billag.

Sie versuchen nun mit doch mehrheitlich fragwürdigen Argumenten wie «freiwillige Beiträge werden es schon richten» zu punkten.

Liebe Delegierte, Ich werde euch hier gerne aufzeigen was passieren würde, wenn das Schweizervolk der initiative zustimmen sollte.

Doch zuerst noch der Hinweis, dass auch der Bundesrat findet, wir würden zu hohe Radio- und TV Gebühren bezahlen.

Er hat deshalb Mitte Oktober dieses Jahres beschlossen, die Gebühren ab 2019 auf 365 Franken pro Jahr zu reduzieren.

Damit nimmt er schon etwas Druck aus dem Abstimmungskampf um die No-Billag-Initiative.

Die Bevölkerung wird also finanziell entlastet. Und dies ohne dass dabei die Medienvielfalt in Frage gestellt werden muss .

Genau das nämlich würden wir mit der Annahme der No Billag Initiative nicht nur riskieren, sondern einleiten und vorantreiben.

Mit den Radio- und Fernsehgebühren werden die SRG sowie 21 regionale Radio- und 13 regionale Fernsehstationen finanziert. Sie stellen in allen vier Landessprachen und in allen Regionen einen medialen Service public im audiovisuellen Bereich sicher.

Die Annahme der No-Billag-Initiative würde das Ende der SRG und ihrer Radio- und Fernsehprogramme bedeuten

6'000 Arbeitsplätze würden allein bei der SRG verschwinden.

Zudem würden die meisten privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz verschwinden.

Denn auch sie sind grösstenteils über Gebühren finanziert.

Dies hätte den Verlust von 900 weiteren Arbeitsplätzen zur Folge.

Die Schweizer Medienlandschaft würde verarmen.

Radio- und Fernsehprogramme in der Westschweiz, dem Tessin und der rätoromanischen Schweiz würden ebenfalls eingestellt.

Um was geht es im Detail:

Gemäss Bundesverfassung gilt heute folgendes Recht zu Radio und Fernsehen:

Blau eingefärbt ist was bei Annahme der Initiative gestrichen oder ersetzt würde.

Vom heutigen Recht blieben lediglich Ar. 1 und 3 bestehen.

Im Initiativtext sehen Sie, was neu wie geregelt würde. Sie haben diesen Text in Ihren Unterlagen.

Alinea 1 und 2 bleiben bestehen.

- Neu würde gemäss Initiative der Bund für Radio und Fernsehen regelmässig Konzessionen versteigern.
- Mit Ausnahme von Zahlungen zur Ausstrahlung von dringlichen amtlichen Mitteilungen würden sämtliche Subventionen an Radio- und Fernsehstationen wegfallen.
- Der Bund selbst oder durch ihn beauftragte Dritte dürften keine Empfangsgebühren mehr erheben.
- Der Bund würde in Friedenszeiten keinerlei eigene Radio- und Fernsehstationen betreiben .

Was sind die Konsequenzen dieser Verfassungsänderung?

Die Streichung des eigentlichen Zweckartikels zu Radio und Fernsehen (Art.2) würde die Rahmenbedingungen für die Schweizer Medienlandschaft grundlegend verändern.

Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.

Sachgerechte Darstellung vielfältiger Ansichten = weg!

Die Institution welche den Bildungs- beziehungsweise Informationsauftrag gegenüber der Bevölkerung erfüllt = weg!.

Die Erwartungshaltung gegenüber den Medien ändert sich somit radikal.

Der Bund würde zum Versteigerer von Konzessionen für Radio und Fernsehen.

Was heisst das:

Die Grösse oder Dicke des Portemonnaies würde die Gestaltung Medienlandschaft Schweiz bestimmen.

Der Anreiz gehaltvolle Informations- und Bildungssendungen würde massiv reduziert.

Denn die Produktion solcher Formate ist aufwändig. Unterhaltung mit viel Werbung ist lukrativ.

Mit der Versteigerung der Konzessionen würden sich finanzkräftige Investoren den Medienmarkt Schweiz kaufen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Es ist falsch anzunehmen, dass Radio und TV im Falle einer Annahme der Initiative günstiger werden würden.

Je nach Privatanbieter zahlt man allein für ein Jahresabo für Sportübertragungen mehr als die 450 Franken Gebührengelder.

Ein mit dem Programm der SRG vergleichbares Angebot wäre pro Kopf viel teurer als die heute erhobene Abgabe.

Dieser Artikel ist der eigentliche Totengräberartikel für die SRG und 34 regionale Radio- und TV-Stationen.

Diese müssten ihren Betrieb einstellen.

Denn ohne die Finanzierung über die Empfangsabgaben könnten sie nicht überleben.

Heute gibt es die unabhängige Beschwerdeinstanz, bei der sich die Bürgerinnen und Bürger melden können, falls Sie bei einer Sendung oder einem Beitrag Grundsätze verletzt sehen.

Die Initiative will sie aufheben.

Dies bedeutet in erster Linie, dass man gegenüber den Medien keine Ansprüche mehr geltend und keine Rechte mehr einfordern könnte.

Ein Armutszeugnis!

Durch die gänzliche Eigenfinanzierung der Radio und Fernsehstationen entstünde eben eine rein kommerzielle Medienlandschaft.

Nicht mehr unabhängige und unparteiische Berichterstattung stünde im Fokus sondern ihre Finanzierung.

Über dreissig weitere Medienunternehmen sind teilweise von den Gebührengeldern abhängig. Z.B auch der ERF

Viele von ihnen müssten im Falle einer Annahme der Initiative den Betrieb einstellen.

Da könnte man auf die Idee kommen, der Bund betreibe in Friedenszeiten heute eigene Stationen. Das ist natürlich nicht der Fall.

Zum Schluss noch kurz zur Solidarität:

73% der gesamten Gebühreneinnahmen werden in der Deutschschweiz generiert.

Von den 870 Millionen Franken Gebühreneinnahmen aus der Deutschschweiz bleiben nur 520 Millionen Franken in den deutschen SRG-Programme, 120 Millionen gehen in das französischsprachige Angebot, 210 Millionen gehen ins italienische Angebot und mit 25 Millionen aus der Deutschschweiz wird RTR auf romanisch ermöglicht.

Das ist ein solidarischer, regionaler Finanzausgleich der Gebühreneinnahmen. Nur dank diesem sind SRG-Angebote in den Sprachminderheiten möglich.

In den drei kleinen Sprachregionen könnten ohne Gebührengelder keine qualitativ gleichwertigen Programme produziert werden. Für sie würde die Initiative einem Sendeschluss gleichkommen.

Solidarität heisst bei uns in der Schweiz auch in manchen Bereichen, dass Bürgerinnen und Bürger Leistungen erbringen für andere. Ich habe am Anfang schon darauf hingewiesen. Wer also Radio- und Fernsehempfangsgebühren bezahlt, ohne Radio zu hören oder einen Fernsehapparat zu besitzen und auch nicht auf dem Computer die Programme konsumiert, der hilft solidarisch mit, die Medienvielfalt in der Schweiz zu erhalten. Genau so wie wir viele andere Abgaben leisten, ohne einen direkten Nutzen davon zu haben.

Bleiben wir solidarisch, sagen wir **Nein zu No-Billag**.

Danke wenn Sie dieses NEIN mittragen und weitersagen.